Bund Deutscher Kriminalbeamter

Zur Renten- und Beamten-Debatte

26.05.2026

Die Sorgen um die Finanzierbarkeit von Renten, Pensionen und der gesetzlichen Krankenversicherung sind nachvollziehbar – darüber muss offen diskutiert werden. Entscheidend ist aber, in welchen Bereichen der Staat auf Beamtinnen und Beamte setzt.

Polizei und Kriminalpolizei tragen mit hoheitlichen Eingriffsbefugnissen, besonderer Treuepflicht und hohen Gesundheitsrisiken die Verantwortung für die Innere Sicherheit. Hier ist der Beamtenstatus kein Privileg, sondern notwendige Grundlage eines funktionierenden Rechtsstaats.

Gerade in Sachsen-Anhalt zeigt sich zudem eine andere Realität als im Artikel suggeriert: Ein erheblicher Teil der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten versieht seit Jahren Dienst auf höherwertigen Dienstposten, ohne entsprechend bezahlt zu werden.

Kolleginnen und Kollegen übernehmen Aufgaben und Verantwortung deutlich oberhalb ihrer Besoldungsgruppe – oft ohne Beförderungsperspektive, weil Haushaltsmittel und Planstellen fehlen.

Das ist kein Indiz für „zu viele Beamte“, sondern der Beweis, dass vorhandenes Personal strukturell überlastet und unterbewertet eingesetzt wird.

Unsere Position ist klar: Über Finanzierungslasten kann man reden, über eine pauschale Reduzierung des Berufsbeamtentums in sicherheitsrelevanten Bereichen nicht.

Für Polizei und Kriminalpolizei in Sachsen-Anhalt heißt das: mehr Transparenz und Tempo bei Beförderungen, Bezahlung nach wahrgenommener Funktion und ein klares Bekenntnis des Landes zum Berufsbeamtentum in der Inneren Sicherheit.

Schlagwörter
Sachsen-Anhalt
diesen Inhalt herunterladen: PDF